

Betriebsschließungen: Der Osten nähert sich dem Westen an

Sperrfrist:
29. Sept. 2015,
11:00 Uhr

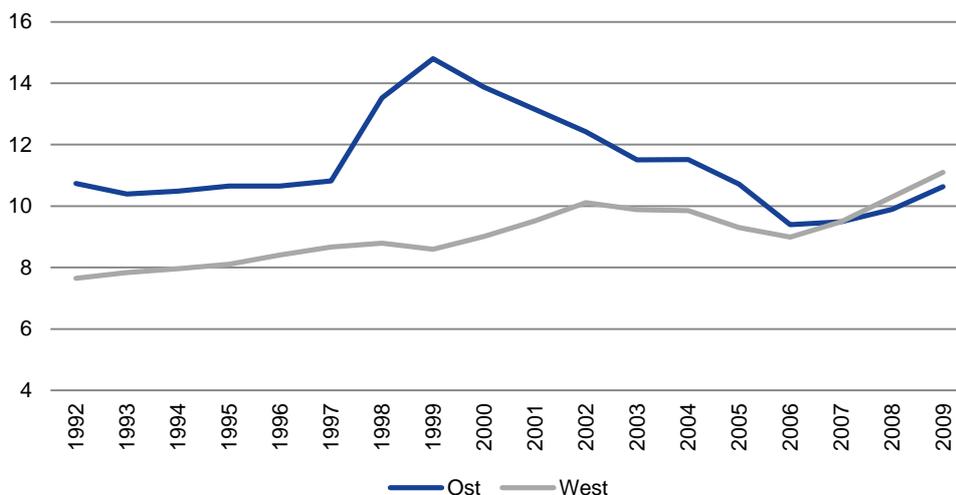
Noch in den späten 1990er Jahren musste im Osten jährlich ein deutlich höherer Anteil der Betriebe schließen als im Westen. Seit der Jahrtausendwende nähert sich der Osten dem Westen immer mehr an, und seit 2006 gibt es keine Unterschiede mehr, wie Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigen. Schaut man auf die von Schließungen betroffenen Beschäftigten, lässt sich jedoch nur eine begrenzte Konvergenz zwischen Ost und West feststellen.

Pressekontakt:
Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Abbildung:

Betriebsschließungen in Deutschland: Konvergenz zwischen Ost und West

jährliche Schließungsraten in %; Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, privater Sektor



Ansprechpartner:
Steffen Müller
Telefon:
+49 345 7753 708
E-Mail:
smu@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**), Bundes-
ministerium für Arbeit und
Soziales (**BMAS**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**)

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**
Betriebsschließungen,
Massenentlassungen,
Schließungsdynamik

IWH

Quellen: Betriebs-Historik-Panel 1975-2010; ohne öffentlichen Dienst. Berechnungen und Darstellung des IWH. Eine Beschreibung des Datensatzes findet sich in Spengler, A.: The Establishment History Panel, in: *Schmollers Jahrbuch*, Jg. 128 (3), 2008, 501-509. Zur Identifikation von Betriebsschließungen im Betriebs-Historik-Panel vgl. Fackler, D.; Schnabel, C.; Wagner, J.: Establishment Exits in Germany: The Role of Size and Age, in: *Small Business Economics*, Vol. 41 (3), 2013, 683-700. Hier werden Schließungen als erloschene Betriebsnummern definiert. Die Muster ändern sich nicht in Abhängigkeit der Berechnungsmethode.

Aktueller Bezug:
25 Jahre Deutsche
Einheit,
Angleichungsprozess

Betriebsschließungen können mit schwerwiegenden negativen Effekten für die betroffenen Arbeitnehmer, Geschäftspartner und Kreditgeber verbunden sein, für die dynamische Entwicklung einer Volkswirtschaft sind sie jedoch neben innovativen Neugründungen von zentraler Bedeutung, denn mit der Schließung unprofitabler Unternehmen sind gesamtwirtschaftliche Effizienzsteigerungen verbunden. In Ostdeutschland waren die Schließungsraten anfangs deutlich höher als in Westdeutschland, wobei der Unterschied in den Jahren von 1993 bis 1997 ungefähr drei

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Prozentpunkte betrug. Trotz guter Konjunktur war in den Jahren 1998 und 1999 ein starker Anstieg der Schließungsrate in Ostdeutschland zu beobachten.

Ostdeutschland erlebte zu Beginn der 1990er Jahre eine Gründungswelle, infolge derer viele Betriebe und Geschäfte im konsumnahen Bereich entstanden. Junge und kleine Unternehmen besitzen generell eine höhere Schließungswahrscheinlichkeit. Die Schließungswelle bis 1999 dürfte damit eine logische Folge des Gründungsbooms der frühen 1990er Jahre sein, so Steffen Müller, Abteilungsleiter am IWH. Hinzu kommt, dass konsumnahe Transferzahlungen an den Osten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurückgefahren wurden. Das Auslaufen des Fördergebietsgesetzes und der damit verbundenen Sonderabschreibungen könnte den massiven Anstieg der Schließungen kurz vor der Jahrtausendwende zumindest teilweise erklären.

Während die Schließungsraten im Osten ab 2000 sinken, sind sie in Westdeutschland seit Beginn der 1990er Jahre angestiegen. Beide Entwicklungen führen zu einer Konvergenz der Schließungsraten ab dem Jahr 2006. Die wahrscheinlichsten Ursachen dafür sind die Etablierung von Marktstrukturen sowie das Ausklingen der massiven Subventionen und Transfers in den Osten, die zumindest teilweise für geringe Überlebenswahrscheinlichkeiten neu gegründeter Betriebe verantwortlich sein dürften.

Eine nur begrenzte Konvergenz lässt sich bei der Anzahl der von Betriebsschließungen direkt betroffenen Personen feststellen. So war der Anteil der Beschäftigung in schließenden Betrieben an allen Beschäftigten Anfang der 1990er Jahre im Osten noch doppelt so hoch wie im Westen, während er sich seit 2006 nur noch um den Faktor 1,3 unterscheidet. Dass Betriebsschließungen zu erheblichen Einkommensverlusten und dauerhafter Arbeitslosigkeit führen können, ist international gut dokumentiert. Aus Sicht der betroffenen ostdeutschen Beschäftigten ist der Rückgang der Schließungsdynamik somit sicher eine gute Nachricht. Der immer noch bestehende Unterschied im individuellen Risiko des einzelnen Beschäftigten, von einer Betriebsschließung betroffen zu sein, zeigt jedoch, dass die Anpassungslasten struktureller Veränderungen im Osten noch immer hoch sind.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Professor Dr. Steffen Müller
Tel.: +49 345 7753 708, E-Mail: Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Dr. Stefanie Orphal
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der

(Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.